

Ausgabe 02/2024

HinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag



Gemeinsam für morgen

gruene-thl.de

Liebe Leser*innen,

diese Ausgabe ist die letzte dieser Legislatur. Am 1. September hat Thüringen die Wahl. Dann entscheidet sich, wer künftig die Geschicke unseres Landes führt, wohin und wie sich Thüringen entwickelt. Mit Blick auf die vielen Krisen und in der Sorge um unsere Demokratie sei daher eins vorangestellt: Es ist nicht egal, wer regiert und wer die Menschen im Parlament vertritt. Freie Wahlen sind eine riesengroße Errungenschaft und jede Stimme zählt. Deshalb unsere Bitte: Erheben Sie Ihre Stimme, machen Sie mit, bringen Sie sich ein und wählen Sie demokratisch.

Rückblickend müssen wir sagen, dass dies die bisher schwierigste Legislatur im Thüringer Landtag gewesen ist. In den letzten fünf Jahren galt es auf unterschiedlichste Krisen zu reagieren. Nicht zu vergessen der „Dammbruch“, als sich Thomas L. Kemmerich mit den Stimmen der AfD zum Kurzzeitministerpräsidenten wählen ließ. Nach seinem Rücktritt kam es glücklicherweise zur Wahl von Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten und einem Stabilitätsmechanismus mit der CDU, der in Neuwahlen münden sollte. Zu diesen kam es jedoch nicht. Es folgten die fast drei Jahre andauernde Corona-Pandemie, der verbrecherische Angriffskrieg Putins auf die Ukraine und die Aufnahme tausender Menschen auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Diskriminierung. Wir haben in der Minderheitsregierung Verantwortung übernommen und Kompromisslösungen gefunden. Das war selten leicht, was sich vor allem in den Haushaltsverhandlungen zeigte. Hinzu kommt: Das politische Klima und der Umgang miteinander im Parlament sind rauer geworden. Hass und Hetze hinterlassen auch bei uns Spuren. Trotzdem haben wir immer wieder das Gespräch gesucht und grüne Themen gesetzt und Projekte verwirklicht, die uns am Herzen liegen.

Damit blicken wir nicht nur zurück, sondern auch nach vorn. Wir konnten die Bildung für alle von Anfang an stärken, indem wir unter anderem die Betreuungsschlüssel in unseren Kindergärten spürbar verbessert und das Schulgesetz doch noch auf den Weg gebracht haben. Kommunen können künftig an der Energiewende teilhaben und vor Ort die Infrastruktur und Daseinsvorsorge sichern. Schutzeinrichtungen und Hilfen für Betroffene von häuslicher Gewalt haben wir zukunftsfest aufgestellt. Unseren Reparaturbonus konnten wir im Land etablieren. Mit dem Untersuchungsausschuss „Mafia in Thüringen“ haben wir deutschlandweit den ersten Ausschuss gebildet, der sich mit der 'Ndrangheta beschäf-

tigte. Mit dem Lobbyregister sorgen wir für Transparenz und verhindern künftig hoffentlich Vorfälle wie die bekannt gewordenen „Maskendeals“. Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, was wir trotz der Minderheitensituation erreichen konnten.

Wir Abgeordneten berichten auf den nächsten Seiten über die guten und die schweren Momente der Fraktionsarbeit, geben einen Ausblick auf das, was wir noch erreichen wollen und ziehen eine Bilanz der Arbeit in unseren Fachbereichen. So schildert Laura, welche Änderungen wir in der Thüringer Verfassung vornehmen konnten. Madeleine geht auf die letzten Anpassungen im Brand- und Katastrophenschutzgesetz ein. Olaf widmet sich der Frage, wie zeitgemäß eine Schuldenbremse ist. Babette zeigt Wege auf, wie Thüringer Produkte zukünftig vermarktet werden können und wie Gesundheitspolitik in Zeiten der Klimakrise gestaltet sein muss. Ich werfe meinen Blick auf die Zukunft der Bildung und die Willkommenskultur in Thüringen.

Für mich persönlich heißt es, nach 15 Jahren im Thüringer Landtag Abschied zu nehmen. Ich war und bin dankbar dafür, dass ich über so viele Jahre und unter unterschiedlichsten Bedingungen die Möglichkeit hatte, unsere Politik ganz maßgeblich zu prägen. Ich bin ein Mensch, der immer mit voller Kraft für Herzensthemen streitet. Das fordert sicher mitunter auch andere. Gerechtigkeit und die Würde des Menschen waren und sind für mich handlungsleitend. Mein Anspruch war es immer, auch und gerade in Auseinandersetzungen fair zu bleiben. Mein Wunsch bleibt, dass auch nach der Landtagswahl mit einer selbstbewussten und gut aufgestellten Fraktion bündnisgrüne Politik in Thüringen weiter mit Herzblut und Verstand vertreten wird und ich weiß diese auch zukünftig in guten Händen.

Ihnen und euch allen nun viel Freude beim Lesen!

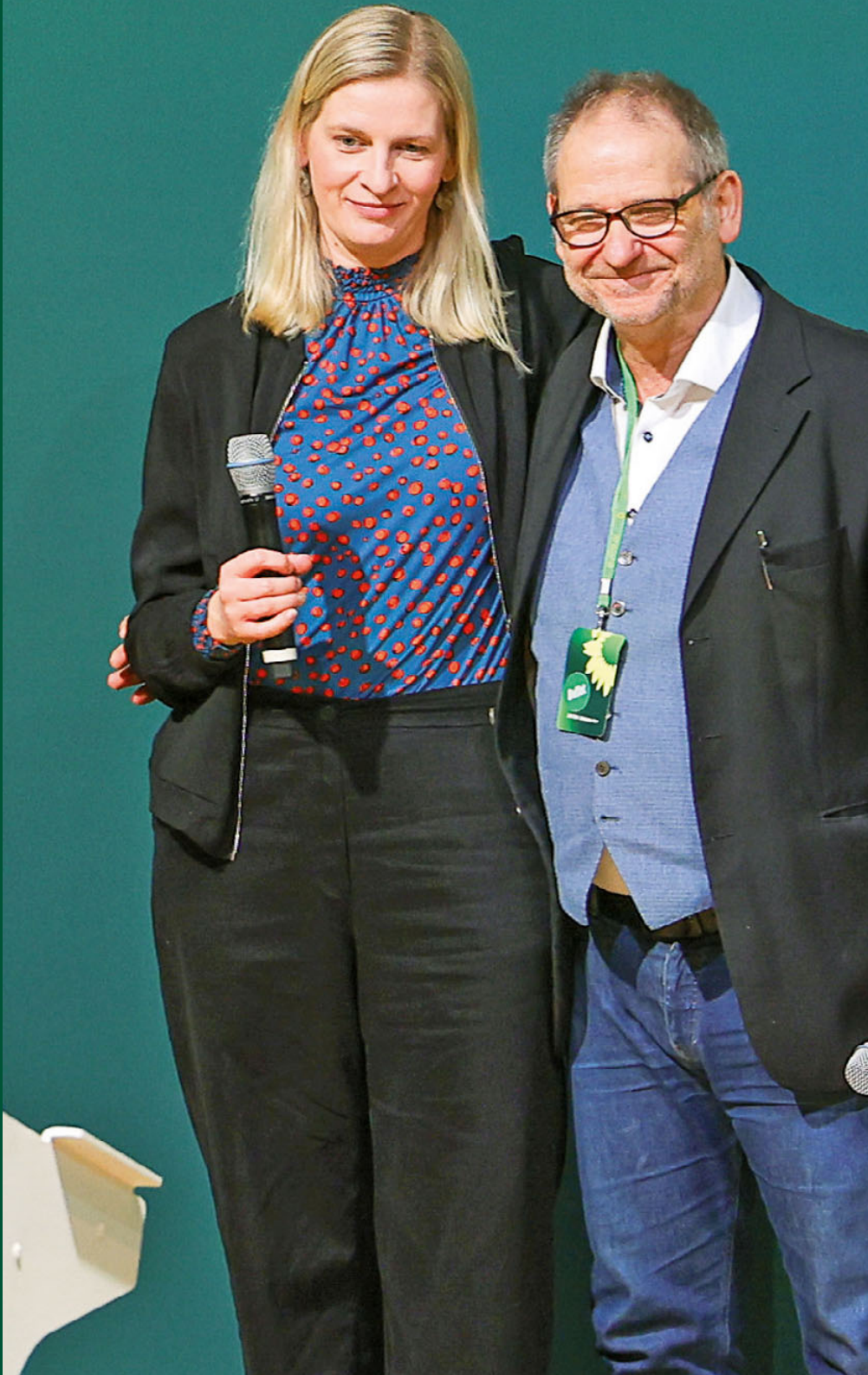


**eure Astrid Rothe-Beinlich,
Fraktionsvorsitzende**



Inhalt

Editorial	2
Unsere Spitzenkandidat*innen	3
Moderne Verfassung	4-5
Fünf Wege in eine sichere Zukunft	6
Forschungsdaten sexy machen!	7-8
Die Schuldenbremse – eine überholte Angelegenheit	9
Grün im Landtag	10-11
Gesundheitspolitik in Zeiten der Klimakrise	12
Thüringer Agrarmarketing	13
Grüne Bildungspolitik.....	14
Vielfalt und Willkommenskultur in Thüringen	15
Ausblick	16-17
Wir sagen Danke	18





Laura bei der Veranstaltung Klima-vs. Denkmalschutz

Moderne Verfassung

Am 26. April haben die demokratischen Fraktionen einen Katalog von Verfassungsänderungen beschlossen und so die Thüringer Landesverfassung ökologischer, sozialer und europäischer gestaltet. Über drei Jahre hat der Verfassungsausschuss über die Modernisierung gerungen. Die Novelle ist ein wichtiges Signal mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl: LINKE, CDU, SPD, FDP und GRÜNE sind kompromissfähig, wenn es darauf ankommt. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Reform mehrmals kurz vor dem Scheitern stand. Ohne den Druck von Vertreter*innen aus Verbänden sowie von Bürger*innen wäre wohl keine Verfassungsreform beschlossen worden. Dabei war diese dringend nötig: In den letzten 30 Jahren hat sich die Welt stark verändert. Deshalb war eine Anpassung überfällig, damit Thüringen – im wahrsten Sinne des Wortes – in „guter Verfassung“ bleibt.

Die Neuerungen

1. Nachhaltigkeit als Grundlage allen staatlichen Handelns

Wir verankern erstmals die Generationengerechtigkeit in der Verfassung. Wörtlich wird es künftig heißen: „Das Land und seine Gebietskörperschaften haben die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und ein menschenwürdiges Leben für alle heutigen und künftigen Generationen zu ermöglichen.“

2. Thüringen – ein Teil Europas

Wir machen deutlich: Der Freistaat Thüringen ist unverrückbarer Teil der Europäischen Union, er fördert die Kooperation und Verständigung. Künftig sind alle Landesregierungen an den europäischen Gedanken gebunden!

3. Ehrenamt ist Staatsziel

Mit dem neuen Staatsziel würdigen wir das unermüdlige freiwillige Engagement vieler. Das Ehrenamt ist wesentliche Grundlage für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt – und festigt die Demokratie. Das neue Staatsziel ist ein klarer Handlungsauftrag an das Land, die Kreise, die Städte und Gemeinden, das Ehrenamt verstärkt zu fördern.

4. Verbot der Altersdiskriminierung

Mit der Aufnahme des Alters in den Katalog der Diskriminierungsmerkmale erhöhen wir den Schutz vor Altersdiskriminierung. Damit setzen wir ein wichtiges gesellschaftliches, aber auch rechtspolitisches Signal gegen Diskriminierung!

99 **Die Neuerungen tragen auch eine deutliche grüne Handschrift. Ich bin fest davon überzeugt, dass man rückblickend sagen wird:**

Die Abgeordneten haben damals wirklich vorausschauend gehandelt und die Grundlage dafür gelegt, dass sich Thüringen angesichts großer Herausforderungen zeitgemäße Rahmenbedingungen für Staat und Gesellschaft gegeben hat. Schade ist, dass der Ausbau der direkten Demokratie nicht geeinigt werden konnte.

Entstehend aus der Bürgerrechtspartei BÜNDNIS 90 werden wir hier auch weiterhin für eine Absenkung der Quoten bei Volksbegehren streiten, um die Hürden zur demokratischen Beteiligung für Bürger*innen zu senken. “

5. **Gleichwertige Lebensverhältnisse als Auftrag**

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Thüringen, ob Stadt oder Land – mit der neuen Verfassungsbestimmung fördern und sichern wir nicht nur die gleichwertige Verteilung von Ressourcen, sondern eröffnen Lebenschancen und gesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten.

6. **Finanzielle Planungssicherheit für die Kommunen**

Wir stellen sicher, dass die Kommunen künftig auch bei der Übertragung neuer Aufgaben im eigenen Wirkungskreis einen finanziellen Ausgleich erhalten, so wie es beim übertragenen Wirkungskreis bereits der Fall ist (Konnextitätsgebot). Die Kommunen bekommen damit die finanzielle Planungssicherheit, die sie für ihre Aufgabenerledigung brauchen.

7. **Verfassungsrang für den Europaausschuss**

Der Europaausschuss des Landtags erhält Verfassungsrang. Als künftig verpflichtender Ausschuss beschließt er öffentlich über Stellungnahmen im Rahmen der Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfung.

8. **Menschen mit Behinderungen**

Es war und ist uns ein Anliegen, den überholten Begriff „Behinderte“ in der Verfassung durch den zeitgemäßen Ausdruck „Menschen mit Behinderungen“ zu ersetzen und uns damit an die UN-Behindertenrechtskonvention anzulehnen.

9. **Elektronische Verkündung**

Die Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen kann künftig auch elektronisch erfolgen. Zugleich kann das gesamte Gesetz- und Verordnungsblatt digital werden.

Artikel 41b – Verankerung der Nachhaltigkeit

„Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist Grundlage allen staatlichen Handelns. Das Land und seine Gebietskörperschaften haben die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und ein menschenwürdiges Leben für alle heutigen und künftigen Generationen zu ermöglichen.“



Der Untersuchungsausschuss 7/3 „Politische Gewaltkriminalität“ zusammengefasst



Laura Wahl

Verkehr, Umwelt, Energie,
Naturschutz, Frauen-,
Gleichstellungs- und
Queerpolitik sowie
den Verfassungsausschuss

Klimakrise als Herausforderung für den Katastrophenschutz:

Fünf Wege in eine sichere Zukunft

Um den katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels effektiver entgegenzuwirken, die Folgen einer Krise zu mindern und die Erholung danach zu beschleunigen, haben wir einen Entwurf zum Brand- und Katastrophenschutzgesetz eingebracht. Für uns sind folgende Punkte wichtig:

1. Warnung der Bevölkerung

Durch den Einsatz eines „Warnmittelmixes“ (Sirenen, Warn-Apps, Rundfunk, Fernsehen, sozialen Medien, Lautsprecherwagen, persönlichen Ansprachen) sollen alle Bevölkerungsgruppen effektiv erreicht werden, damit alle rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden können.

2. Mitwirkung im Katastrophenschutz

Die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) wird als neue, essenzielle Aufgabe des Landes etabliert, um Betroffene in Krisensituationen umfassend zu unterstützen. Um eine gleichberechtigte Teilhabe aller zu gewährleisten, wird die Einführung einer Helfer*innengleichstellung gesetzlich etabliert. So können Hilfskräfte im Katastrophenfall vereint vorgehen und rechtssicher in Notfällen hinzugezogen werden.

3. Neue Bildungsansätze in der Feuerwehrausbildung

Weil nur durch fundiertes Wissen über die Klimakrise effektive Maßnahmen zur Bekämpfung ergriffen werden können, schaffen wir nun den gesetzlichen Rahmen für die Brandschutzerziehung und erweitern die Fachausbildung um spezifische Module. So wird Katastrophenschutz in der Bevölkerung nachhaltig gefördert.

4. Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Das Ehrenamt ist essenzieller Bestandteil beim Brand- und Katastrophenschutz. Eine Erhöhung der gesetzlichen Grundlage der Jugendfeuerwehropauschule von 25 auf 50 Euro fördert die frühzeitige Nachwuchsgewinnung im Feuerwehrbereich. Durch die gesetzliche Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) wird die Rolle der Feuerwehr als Bestandteil der öffentlichen Sicherheit hervorgehoben.

4. Ursachen des Klimawandels bekämpfen

Die Ursachen des Klimawandels müssen bekämpft werden. Dies beinhaltet den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen, die Reduktion von Emissionen und die Stärkung von Waldgebieten, die dazu beitragen können, die Auswirkungen von Stürmen und Überschwemmungen zu mildern.

Der Untersuchungsausschuss 7/1
„Mafia in Thüringen“
zusammengefasst



Thüringer Gesetz
über den Brandschutz,
die Allgemeine Hilfe
und den Katastrophenschutz



Madeleine Henfling

Innenpolitik und Kommunales,
Demokratie und Antifaschismus,
Europa, Kultur, Medien sowie
Netzpolitik und Datenschutz

Forschungsdaten sexy machen!

Gespräch zwischen Madeleine Henfling und Olaf Müller über die Möglichkeiten und Potenziale eines Landes-Forschungsdatengesetzes

Auf Bundesebene wurde im Januar klammheimlich der Entwurf eines Forschungsdatengesetzes veröffentlicht. Dieser fand großen Anklang sowohl bei Netzaktivist*innen als auch bei Wissenschaftler*innen, denn die Politik steht angesichts von Krisen wie dem Klimawandel, geopolitischen Konflikten und wachsender Demokratieskepsis vor großen Herausforderungen, effektiv und effizient zu handeln. Während der Energiekrise 2022/23 wurden ökonomische Hilfsmaßnahmen häufig ineffizient verteilt. Auch in der SARS-CoV-2-Pandemie fehlten der deutschen Politik empirische Daten aus dem eigenen Land, weshalb sich auf Daten aus Israel oder Großbritannien gestützt werden musste. Die angespannte Haushaltslage und zahlreiche Krisen erfordern eine datenbasierte Untersuchung politischer Maßnahmen, um deren Wirksamkeit und unbeabsichtigte Folgen zu beurteilen. Wissenschaftsbasierte Politikberatung kann hierbei durch die Verknüpfung von Daten präzise Entscheidungsgrundlagen bieten. Auch Thüringen könnte von so einem Gesetz auf Landesebene profitieren. Dazu diskutieren Madeleine Henfling und Olaf Müller.

Madeleine Henfling:

Ein Landes-Forschungsdatengesetz bietet zahlreiche netzpolitische Vorteile. Zunächst einmal würde es den Zugang zu Forschungsdaten erheblich erleichtern und standardisieren. Das bedeutet, dass Daten besser auffindbar und zugänglicher wären, was die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Forschungseinrichtungen fördern könnte. Zudem würde eine klare rechtliche Grundlage für den Umgang mit Forschungsdaten geschaffen, was zu mehr Transparenz und Vertrauen in die Nutzung und Weitergabe dieser Daten führen würde.

Ein wichtiger Punkt ist auch der Datenschutz. Ein Landes-Forschungsdatengesetz könnte spezifische Bestimmungen enthalten, die den Schutz personenbezogener Daten in der Forschung gewährleisten. Das würde nicht nur die Rechte der Betroffenen stärken, sondern auch das Vertrauen in die Forschung selbst erhöhen. Außerdem könnten durch ein solches Gesetz innovative digitale Werkzeuge und Plattformen gefördert werden, die den Datenaustausch und die Datenverwertung effizienter gestalten.



Madeleine und Olaf auf der Fraktionsklausur

Der Untersuchungsausschuss 7/4
„Mögliches Fehlverhalten der Landesregierung“
zusammengefasst





Olaf bei seiner Abschiedsrede auf dem Landesparteitag

Olaf Müller:

Wissenschaftlich gesehen bietet ein Landes-Forschungsdatengesetz ebenfalls enormes Potenzial. Es würde die Basis für eine intensivere und strukturiertere Datenverwertung legen. Dies bedeutet, dass Forschungsdaten nicht nur gesammelt, sondern auch nachhaltig genutzt werden können. Ein gesetzlicher Rahmen würde dazu beitragen, Daten über Disziplinen und Institutionen hinweg zu standardisieren und verfügbar zu machen, was die Forschungsqualität und -effizienz steigern würde.

Ein Beispiel ist die Förderung der interdisziplinären Forschung. Durch den vereinfachten Zugang zu Daten können Wissenschaftler aus verschie-

denen Fachbereichen leichter zusammenarbeiten und neue, innovative Forschungsansätze entwickeln. Zudem könnten durch eine verbesserte Datenverfügbarkeit auch kleinere Forschungseinrichtungen und Nachwuchswissenschaftler profitieren, da sie Zugang zu umfangreichen Datensätzen erhalten, die ihnen sonst vielleicht nicht zur Verfügung stünden. Dies würde zu einer Demokratisierung der Forschungslandschaft führen und die wissenschaftliche Vielfalt erhöhen.

Madeleine Henfling:

Eine der größten Herausforderungen wird sicherlich sein, einen ausgewogenen Datenschutz zu gewährleisten, ohne die wissenschaftliche Nutzung

von Daten zu sehr einzuschränken. Es wird wichtig sein, klare und praktikable Richtlinien zu entwickeln, die den Schutz personenbezogener Daten sicherstellen, aber gleichzeitig den Forschungsfortschritt nicht behindern.

Olaf Müller:

Eine weitere Herausforderung liegt in der Schaffung einer einheitlichen Dateninfrastruktur. Es bedarf erheblicher Investitionen und einer engen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren, um eine solche Infrastruktur aufzubauen und zu pflegen. Aber ich bin überzeugt, dass die langfristigen Vorteile die anfänglichen Herausforderungen bei weitem überwiegen.

Die Schuldenbremse – eine überholte Angelegenheit

„Solide Finanzen sind ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Die Garantie dafür ist die Schuldenbremse“. So steht es im neuen Grundsatzprogramm der CDU. Ist das so richtig? Die Antwort lautet: Nein. Deshalb fordern viele die Streichung oder eine Reform der Schuldenbremse im Grundgesetz.

Gegner einer Reform setzen sich dagegen mit zahlreichen Argumenten zur Wehr, die beim näherem Hinsehen angezweifelt werden können. Dazu gehört auch die vermeintliche Generationengerechtigkeit. Das Argument unterstellt, dass Schulden für die kommenden Generationen per se ungerecht sind und die Lebensqualität mindern. Allerdings profitieren auch die morgen lebenden Menschen von Ausgaben, die der Staat heute tätigt. Umgekehrt sind die Folgen heute ausbleibender Ausgaben, bspw. für Infrastruktur oder Klimaschutz, auch für zukünftige Generationen verheerend.

Ein weiteres Argument: Der Staat kann nicht ständig mehr ausgeben, als er einnimmt. Hier wird der Staat mit einem Privathaushalt verglichen. Der direkte Vergleich hinkt, denn dabei wird die volkswirtschaftliche Bedeutung staatlicher Ausgaben vollständig missachtet. Gerade die

Finanz- und Wirtschaftskrise 2010/2011 hat gezeigt, wie wichtig der Staat als wirtschaftlicher Nachfrager ist. Denn: Ausgaben des Staates sind Einnahmen in Wirtschaft und Privathaushalten. Jede Ausgabenkürzung wirkt sich dagegen unmittelbar auf Unternehmen und in der Folge auf Löhne und damit negativ auf Steuereinnahmen aus. Das führt nur erst recht zu weniger Investitionen.

Die Behauptung „Die Zinsbelastung steigt immer weiter, wenn die Verschuldung nicht reduziert wird“ ist nicht ganz richtig. Grundsätzlich steigen die Zinsausgaben, wenn ein Kredit aufgenommen wird. Allerdings lässt diese schlichte Betrachtung die Inflation außer Betracht. Bei einem Nominalzins (Zinssatz für einen Kredit pro Kalenderjahr) von drei Prozent und einer Inflation in der gleichen Höhe, liegt der Realzins bei null. Die Belastung für den Haushalt hält sich daher in Grenzen.

Das sind nur ein paar Beispiele dafür, wie man die öffentliche Meinung mit verkürzten Behauptungen in die Irre führen kann. Eine Mehrheit in der Bevölkerung ist Umfragen zufolge für die Beibehaltung der Schuldenbremse.

„Mehr zur
Schuldenbremse:
Die Anstalt vom
12.03.2024“



Der Untersuchungsaus-
schuss 7/2 „Treuhand
in Thüringen“
zusammengefasst



Olaf Müller

Haushalt und Finanzen,
Wirtschaft und Wissenschaft,
Tourismus, Petitionen

KEMMERICH-WAHL-DESASTER



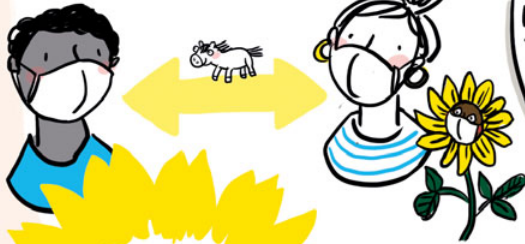
CORONA - MASKEN UND ABSTAND



BESCHLUSS KLIMAKONJUNKTURPROGRAMM

GRÜ LAN

Unser Blick



2020

KEINE NEUWAHL IN THÜRINGEN



2021

10 JAHRE ISTANBUL-KONVENTION - 1. (DIGITALER) KONGRESS

WE STAND WITH UKRAINE!

WIR SIND UNSCHLAGBAR!

ANGRIFFSKRIEG AUF DIE UKRAINE

KONSTITUIERUNG DER FÜR UNS WICHTIGEN UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE



BESCHLUSS DES MAßNAHMENPAPIERS "GESAMTSTRATEGIE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS, RASSISMUS & MENSCHENFEINDLICHKEIT"



N IM DTAG

zurück

MADELEINE ALS SPITZENKANDIDATIN



EINIGUNG AUF EINE REFORM DES SCHULGESETZES



THÜRINGER VERFASSUNGS-REFORM:

THÜRINGER VERFASSUNG modernisiert!

Ökologischer, Sozialer und Europäischer!



GRÜNSTER HAUSHALT SEIT JEHER



MAßNAHMENPAPIER MIGRATION



menschenwürdiges Ankommen für alle Geflüchtete !!



UNESCO WELTKULTURERBE



NATURMONUMENT Grünes Band



WAS BRAUCHT ES FÜR GUTE KINDERGÄRTEN IN THÜRINGEN



KITA-GUTACHTEN



SICHERUNG DES DEUTSCHLAND-TICKETS FÜR THÜRINGEN

DTAG FIA



Wir wollen mehr!



Babette Pfefferlein

Soziales, Arbeit, Gesundheit, Familie,
Senioren, Menschen mit Behinderung,
Infrastruktur, Landwirtschaft, Forsten,
Tier- und Verbraucherschutz



Gesundheitspolitik in Zeiten der Klimakrise

Als Bündnisgrüne Gesundheitspolitikerin sind mir in den vergangenen Jahren die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und den damit verbundenen Auswirkungen für die Gesundheit immer deutlicher geworden. Die Klimakrise mit über Jahre hinweg aufeinanderfolgenden Hitzewellen mit neuen Temperaturrekorden belasten den menschlichen Organismus und führen bereits jetzt zu einer Zunahme an hitzebedingten Krankheits- und Todesfällen.

Es sind eben nicht nur die verheerenden Waldbrände und die flächendeckenden Dürren, die uns die unmittelbaren Auswirkungen des Klimawandels verdeutlichen. Die Klimakrise trifft vor allem Menschen mit Vorerkrankungen, Schwangere und Ältere. Das zeigt sich in der Zunahme von Herz-Kreislaufbeschwerden, Allergien und neuen Infektionskrankheiten. Sie werden mit negati-

ven Auswirkungen auf die psychische Gesundheit in Zusammenhang gebracht.

Zu befürchten ist, dass mit einer weiteren Erwärmung des Klimas die Gesundheitsbelastung durch Hitzestress mit heißen Tagen und Tropennächten während länger anhaltender Hitzeperioden weiter zunehmen wird. Wir müssen uns auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung darauf vorbereiten. Deshalb müssen bei allen künftigen Planungen die Maßnahmen zum Schutz vor Hitze in Praxisräumen und

stationären Einrichtungen konsequent mitgedacht werden.

Diese Forderungen gehören ebenso in die zu erstellenden Hitzepläne der Kommunen wie Informationskampagnen, Städte- und Wohnungsbaukonzepte und Frühwarnsysteme. Die Neuausrichtung einer klimaneutralen, nachhaltigen und ressourcenschonenden Gesundheits- und Pflegeversorgung kann möglicherweise nur mit staatlicher Unterstützung gelingen. Die Politik muss das künftig stark in den Blick nehmen.

Gesundheitsrisiko Hitze

Der Klimawandel beeinflusst in vielfältiger Weise unsere Umwelt. Klimamodelle prognostizieren, dass der Anstieg der mittleren jährlichen Lufttemperatur zukünftig zu wärmeren bzw. heißeren Sommern mit einer größeren Anzahl an heißen Tagen und Tropennächten führen wird. Extreme Hitzeereignisse können dann häufiger, in ihrer Intensität stärker und auch länger anhaltend auftreten. Es gibt bereits belastbare Hinweise darauf, dass sich die maximale Lufttemperatur in Deutschland in Richtung extremer Hitze verschieben wird (vgl. Deutschländer & Mächel 2017).



Thüringer Agrarmarketing

Wie sieht es aktuell aus?

Um die Flächenziele von 30 % Ökolandbau bis 2030 erreichen zu können, ist der Aufbau moderner und professioneller Marketingstrukturen zur besseren Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zentrale Aufgabe der Politik und Wirtschaft. Die mündliche Anhörung zum Thema „Thüringer Produkte: Erzeugung-Verarbeitung-Vermarktung“ im Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten hat zu Beginn des Jahres gezeigt: Ein verwaltungsabhängiges Agrarmarketing und die vielen unabhängigen Vereine und Verbände sind nicht geeignet, um die vielseitigen Bedürfnisse der Landwirt*innen, Verarbeiter*innen und Vermarkter*innen abzudecken. Die vom Thüringer Ministerium für Infrastruk-

tur und Landwirtschaft initiierte Kampagne „Meine Region“ als Fortführung des mittlerweile ausgelaufenen Thüringer Qualitätszeichens läuft ins Leere.

Wie soll es weitergehen?

Nach dem Vorbild Sachsen-Anhalts oder Brandenburgs wäre die Gründung einer Agrarmarketinggesellschaft oder eines Vereins denkbar. In solchen Strukturen könnten Vertreter*innen aus der Land- und Ernährungswirtschaftsbranche besser eingebunden werden als bisher. Zudem könnte dies als eine Schnittstelle zwischen Landwirt*innen, Verarbeiter*innen und Vermarkter*innen sowie der Verwaltung bzw. Landesregierung dienen. Die Vernetzungsstelle „Agentur für Thüringer Produkte“ kann dabei Grundlage für

die Etablierung einer professionellen Agrarmarketingstruktur sein und projektunabhängig alle Beteiligten bei der Vermarktung ihrer Produkte unterstützen. Um den ökologischen Landbau weiter auszubauen, sollte ein Schwerpunkt des Agrarmarketings die Außer-Haus-Verpflegung sein. Immerhin wenden Verbraucher*innen rund 1/5 ihrer Ausgaben für die Verpflegung mit Nahrungsmitteln „außer Haus“ auf. Um Verbraucher*innen in diesem Bereich mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln versorgen zu können, sollte über ein modernes und gut vernetztes Agrarmarketing Transparenz geschaffen werden. Das Ziel: Produkte inner- und außerhalb Thüringens zu fairen Preisen vermarkten und die gesamte Wertschöpfungskette fördern.



Babette bei ihrer Rede auf einer Demonstration zur Krankenhausplanung



Astrid Rothe-Beinlich

Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie Aufarbeitung und Religion

Grüne Bildungspolitik

Jenseits von Schule gute Rahmenbedingungen schaffen

Für unsere bildungspolitische Arbeit sind die frühkindliche Bildung sowie die Kinder- und Jugendhilfe ebenso wichtig wie der Schulbereich. Für uns gehen bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gute Arbeitsbedingungen und Qualität Hand in Hand.

Gute Arbeitsbedingungen

Um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten braucht es gute Arbeitsbedingungen. Deshalb haben wir den Personalschlüssel im Kindergarten gesetzlich verbessert, damit mehr Fachkräfte für jedes Kind zur Verfügung stehen. Künftig werden höchstens sechs Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren von einer Fachkraft betreut. Ab dem 3. Geburtstag dürfen es höchstens 12 Kinder sein. Mit der Einführung und gesetzlichen Verankerung der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) können angehende Kindergartenerzieher*innen schon während der Ausbildung bezahlt arbeiten und Praxiserfahrungen sammeln. Im Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetz konnten wir keine Mehrheit für die Vergütung von Pflichtpraktika bei der Fachschulausbildung in den Bereichen Sozialpädagogik und Heilerziehungspflege finden.

Qualität braucht gute Rahmenbedingungen

Gute Rahmenbedingungen sind ebenso wichtig, weshalb wir die Ombudsstelle für konflikthafte Verläufe in der Erziehungshilfe gesetzlich verankern. Genauso wie den Landesbeauftragten für Kinderschutz und die Landeskoordinierungsstelle für medizinischen Kinderschutz. Zusätzlich haben wir den Rechtsanspruch auf spezialisierte Beratung zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen, die Erhöhung der

Unser
KiTa-Gutachten
gibt es hier
zum Nachlesen:



Erstattung für den Verdienstaussfall für ehrenamtliche Tätigkeiten in der Jugendbildungsarbeit eingeführt und die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen gestärkt. Bis zum Schluss haben wir für weitere Maßnahmen gekämpft. Mit einem Zentrum für frühkindliche Bildung wollten wir eine landesweite Plattform für fachliche Weiterentwicklung und Innovation schaffen, die Fort- und Weiterbildungsangebote unterstützt und den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis ermöglicht. Außerdem wollten wir die Finanzierung der Schulsozialarbeit deutlich erhöhen, damit diese perspektivisch in allen Schulen finanziert werden kann.

Wie weiter?

Im Land des Kindergartens stehen frühkindliche Bildung sowie die Kinder- und Jugendhilfe im bundesweiten Vergleich gut da. Wir wollen mit grüner Handschrift auch in der kommenden Legislatur dazu beitragen, dass die Arbeit in diesen Bereichen noch attraktiver und die Qualität noch besser wird.

Aktuelle
Gesetzesänderungen
in den Bereichen Kinder,
Bildung und Jugend



Vielfalt und Willkommenskultur in Thüringen

Im Rahmen unserer Fraktionsklausur haben wir uns intensiv mit unseren Anforderungen an eine menschenrechtsorientierte Migrations- und Integrationspolitik in Thüringen befasst. Für uns ist elementar, dass Menschenrechte uneingeschränkt für alle gelten, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Status.

Eine menschenwürdige und auf Teilhabe ausgerichtete Unterbringung der Geflüchteten sowie der Schutz besonders verletzlicher Menschen haben oberste Priorität. Die Strukturen und Bedingungen in der Erstaufnahme müssen dringend verbessert werden. Nach der Weiterverteilung in die Kommunen setzen wir auf eine möglichst wohnungsähnliche und dezentrale Unterbringung, um Integration besser zu ermöglichen.

Teilhabe beginnt mit der Verfügbarkeit von Beratungsangeboten, Bildung und Spracherwerb. Gerade Kinder und

Jugendliche müssen möglichst schnell Zugang zu Kindergärten, schulischer Bildung und soziokultureller Teilhabe bekommen..

Das Asylbewerberleistungsgesetz zielt auf Ausgrenzung ab und hat eine Zweiklassengesellschaft zur Folge. Deshalb fordern wir seit Jahren die Abschaffung dieses Gesetzes und werben für die Gleichbehandlung Geflüchteter. Außerdem machen wir uns für die Einführung eines kostenlosen Basiskontos statt diskriminierenden Bezahlkarten für geflüchtete Menschen stark.

Eine integrationsfördernde Politik kann einen wesentlichen Beitrag leisten, um den Fach- und Arbeitskräftemangel abzumildern. Ausländerbehörden müssen zu Willkommensbehörden werden, um ein echtes Ankommen in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und die Förderung be-

rufliger Weiterbildung müssen intensiviert, Arbeitsmarkthürden und Arbeitsverbote abgebaut werden. Ein Landesamt für Migration, Integration und Teilhabe soll schnelle Verfahren ermöglichen, Kompetenzen bündeln und Kommunen entlasten. Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung müssen konsequent bekämpft werden. Wir stehen für eine humane und solidarische Asylpolitik und das individuelle Grundrecht auf Asyl. Wir setzen auf Offenheit, Solidarität und Humanität und sind überzeugt, dass diese Forderungen eine gerechtere und zukunftsfähige Gesellschaft in Thüringen fördern.

Fraktionsbeschluss
„Vielfalt und Willkommenskultur leben, Teilhabe und Arbeit ermöglichen, Rassismus und Antisemitismus ächten“



Astrid bei einer Kundgebung der Omas gegen Rechts

Klima, Umwelt, Energie und Naturschutz

Nach der Modernisierung unseres Klimagesetzes muss Klimaneutralität in der Thüringer Verfassung verankert werden. Darüber hinaus muss das Solargesetz modernisiert und die Pflicht für den Bau festgeschrieben werden. Im Bereich Naturschutz braucht Thüringen die Ausweisung neuer Schutzgebiete und Biosphärenreservate.

Mobilität und Verkehr

Wir stärken den Ausbau des ÖPNV. Mit dem Mobilitätsgesetz soll Thüringen künftig mehr finanzielle Verantwortung übernehmen. Wir treiben die Elektrifizierung und die Reaktivierung von Schienenstrecken an. Neben der Schiene liegt unser Fokus auf dem Radwegeausbau in Thüringen, damit überall sichere Radwege garantiert werden können.

Bildung, Kinder und Jugend

Die Bildung für nachhaltige Entwicklung muss mit einer Landesstrategie umgesetzt werden. Kinderrechte müssen in der Verfassung festgeschrieben und das Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 abgesenkt werden. Für die bestmögliche pädagogische Betreuung unserer Kinder und zur Entlastung der Erzieher*innen muss der Personalschlüssel auf 1:4 für unter Dreijährige und auf 1:10 für über Dreijährige verbessert werden.

Die letzten Jahre waren für uns eine echte Herausforderung. Einige Gesetze haben wir erfolgreich einbringen können und damit Thüringen zukunftssicherer gemacht. Alles, was wir uns vorgenommen hatten, konnten wir leider nicht umsetzen. Deshalb möchten wir euch hier einen kleinen Überblick geben, welche Themen für uns in Zukunft Priorität haben.

Innen und Kommunales

Künftig muss die Polizeivertrauensstelle weiterentwickelt, eine echte Fehlerkultur in der Polizei etabliert und das Polizeiaufgabengesetz reformiert werden. Wir bleiben dabei: Videoüberwachung darf es nicht geben. Rechtsextremismus muss weiter entschlossen entgegengetreten werden. Das Bestattungsgesetz muss modernisiert werden.

Verbraucher*innenschutz

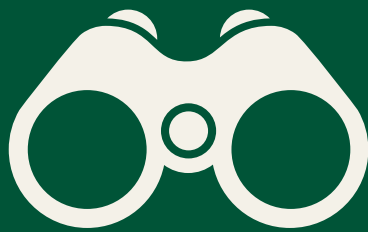
Wir setzen uns für die Fortführung der DrugChecking-Angebote ein, um langfristig gemeinsam mit anderen Projekten die Arbeit im Bereich Sucht- und Drogenprävention zu stärken. Den erfolgreichen Reparaturbonus wollen wir in den kommenden Jahren etablieren. Weiteres Ziel: Ein Netzwerk zur Gemeinschaftsverpflegung auf- und das Schulessenprogramm weiter ausbauen.

Frauen, Gleichstellung, Queer

Wir stehen für echte Gleichstellung und wollen die Interessen der LGBTQI+ Community vertreten. Unser Einsatz gilt u. a. der Queeren Beratungsstelle sowie der verlässlichen Finanzierung von Schutzeinrichtungen und Hilfen für Opfer häuslicher Gewalt. Für eine echte finanzielle Sicherheit, braucht es institutionelle Förderungen, um die Arbeit in Frauenzentren und Beratungsstellen langfristig aufzuwerten.

Gesundheit, Arbeit, Soziales und Senioren

Priorität hat in Zeiten von Fachkräftemangel und Klimakrise der Ausbau moderner Gesundheitsversorgungszentren, Angebote im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie, Stärkung der Hebammen- und Entbindungspfleger*innen, schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und die Sicherstellung eine*r Senior*innenbeauftragte*n.



Ausblick

Landwirtschaft, Forsten und Tierschutz

Wichtig sind Projekte und Gesetzesvorhaben für den Umbau unserer Wälder hin zu mehr Klimaresistenz, das Agrarstrukturgesetz zu überarbeiten, um den Verkauf unserer Böden an Investor*innen einzudämmen, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche zu erhöhen und ein professionelles Agrarmarketing aufzubauen. Unser Ziel: endlich eine*n Tierschutzbeauftragte*n bestellen.

Digitalisierung und Kultur

Wir fordern einen eigenen Fachausschuss für Digitalisierung, um die Thüringer Digitalstrategie konsequent weiterzuentwickeln. Priorität hat die digitale Verwaltung, wofür wir ein eigenes Papier zur Verwaltungsmodernisierung erstellt haben. Im Bereich Kultur liegt der Fokus für uns auf der Stärkung der Clubkultur, bei der wir die mehrjährige Projektförderung als Standard anstreben.

Migration

Alle Geflüchteten haben das Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung und Integration. Unser Ziel: die Aufgaben und Kompetenzen endlich in einem Amt für Migration und Integration bündeln, um Kommunen zu entlasten, langwierige Verwaltungsprozesse zu beenden und vor allem die Grundlage für eine menschenrechtsorientierte Politik zu schaffen.



Olaf, Astrid und Babette beim Tag der offenen Tür 2023

Wir sagen Danke...

*Wir verabschieden uns von **Astrid, Babette und Olaf**, die in den letzten Jahren für viele grüne Themen gestritten haben, um Thüringen ökologischer, sozial gerechter und vielfältiger zu machen.*

*Der Leitsatz unserer Fraktionsvorsitzenden **Astrid Rothe-Beinlich** „Gute Bildung für alle von Anfang an“ zeigt, wie wichtig der Bereich Bildung, Kinder und Jugendliche für ihre Arbeit im Landtag gewesen ist. Ob die Praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung PiA oder das Vorantreiben der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene – all das wäre ohne das Mitwirken unserer bildungspolitischen Sprecherin so nicht möglich gewesen.*

***Olaf Müller** hat sich Jahr für Jahr in die wohl mühsamsten Gespräche im Landtag begeben: die Haushaltsverhandlungen. In Erinnerung bleibt uns hier die Globale Minderausgabe im Landeshaushalt, die die Fraktion und maßgeblich der Fachbereich mit einem Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit beinahe zu Fall brachte. Als grünen Erfolg können wir hier die Einrichtung eines Corona-Sondervermögens und das maßgebliche Vorantreiben der Idee eines Zukunftsfonds verzeichnen.*

*Nicht zuletzt verabschieden wir uns von der Abgeordneten mit den meisten Fachbereichen: **Babette Pfefferlein**. „Mit Corona durch die Krise“ beschreibt wohl einen großen Teil ihrer Arbeit sehr gut. Trotz dessen haben sie und ihr Team viele wichtige grüne Themen und Projekte ein- und voranbringen können, darunter das Drug-Checking, den Reparaturbonus, aber auch die Förderung von 1 Mio. Euro für den Bärenpark in Worbis.*

Wir sagen Danke und hoffentlich auf Wiedersehen!

DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



Astrid Rothe-Beinlich

*Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport,
Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie
für Aufarbeitung und Religion*

Telefon: 0361/37-72663
E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de



Babette Pfefferlein

*Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit, Drogen-
politik, Familie, Senioren, Menschen mit Behinderungen,
Infrastruktur, Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Forsten,
Tier- und Verbraucherschutz*

Telefon: 0361/37-72681
E-Mail: babette.pfefferlein@gruene-thl.de



Madeleine Henfling

*Parlamentarische Geschäftsführerin
Vizepräsidentin des Thüringer Landtags
Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales,
Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur,
Medien, Netzpolitik, Datenschutz,
Untersuchungsausschuss 7/1 und 7/4*

Telefon: 0361/37-72675
E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de



Laura Wahl

*Sprecherin für Verkehr, Umwelt, Energie, Naturschutz,
Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik,
Verfassungsausschuss und
Untersuchungsausschuss 7/3*

Telefon: 0361/37-72672
E-Mail: laura.wahl@gruene-thl.de



Olaf Müller

*Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt und Finanzen,
Wirtschaft und Wissenschaft, Tourismus,
Petitionen, Untersuchungsausschuss 7/2*

Telefon: 0361/37-72674
E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de

DIE MITARBEITER*INNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Dr. Anna-Lisa Neuenfeld

*Fraktionsgeschäftsführerin
und Referentin für Grundsatzfragen,
Aufarbeitung und Religion*
Telefon: 0361/37-72669
E-Mail: anna-lisa.neuenfeld@gruene-thl.de



Ines Birkmann

Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/37-72670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein

*Referentin des Fraktionsvorstands
und für Petitionen*
Telefon: 0361/37-72660
E-Mail: buerofravosi@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey

*Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung,
der Vizepräsidentin des Thüringer Landtags,
Referentin für Europapolitik*
Telefon: 0361/37-72676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle



Christian Herrmann

Pressesprecher
Telefon: 0361/37-72690
E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de



Jens Hauspurg

*Stv. Pressesprecher,
Referent für Social Media und Onlinekommunikation*
Telefon: 0361/37-72656
E-Mail: jens.hauspurg@gruene-thl.de



Anne Marie Zang

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 0361/37-72666
E-Mail: anne-marie.zang@gruene-thl.de



Marcus Neumann

Referent für Veranstaltungsmanagement
Telefon: 0361/37-72654
E-Mail: marcus.neumann@gruene-thl.de

PARLAMENTARISCHE BERATUNG

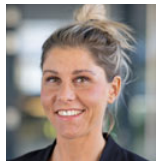


Christian Bohr

Referent für Kommunalpolitik und
den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361/37-72667

E-Mail: christian.bohr@gruene-thl.de



Angelina Ehlert

Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/1
„Mafia“

Telefon: 0157/51760156

E-Mail: angelina.ehlert@gruene-thl.de



Christian Foß

Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft,
Digitale Gesellschaft und Datenschutz

Telefon: 0361/37-72689

E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Diana Hennig

Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/3
„Politische Gewalt in Thüringen“

Telefon: 0176/47189371

E-Mail: diana.hennig@gruene-thl.de



Lukas Maria Hohner

Referent für Justiz-, Asyl- und Migrationspolitik

Telefon: 0361/37-72691

E-Mail: lukasmaria.hohner@gruene-thl.de



Anna Klassen

Referentin für Innenpolitik und für den
Untersuchungsausschuss 7/4 „Postenaffäre“

Telefon: 0361/37-72680

E-Mail: anna.klassen@gruene-thl.de



Andreas Leps

Referent für den Untersuchungsausschuss 7/2
„Treuhand in Thüringen“

Telefon: 0361/37-72692

E-Mail: andreas.leps@gruene-thl.de



Ralf Martin

Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz
und Sport

Telefon: 0361/37-72679

E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Wiebke Mros

Referentin für Mobilität

Telefon: 0361/37-72678

E-Mail: wiebke.mros@gruene-thl.de

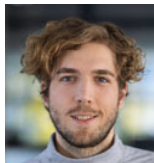


Antje Niebur

Referentin für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus

Telefon: 0361/37-72673

E-Mail: antje.niebur@gruene-thl.de



Jasper Robeck

Referent für den Untersuchungsausschuss 7/3
„Politische Gewalt in Thüringen“

Telefon: 0361/37-72671

E-Mail: jasper.robeck@gruene-thl.de



Dr. Björn Sode

Referent für Bau, Landesplanung, Wohnen,
Landwirtschaft, Forst und Gentechnik

Telefon: 0361/37-72661

E-Mail: bjoern.sode@gruene-thl.de



Gabriele Sondermann

Referentin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit,
Verbraucherschutz und Gleichstellung

Telefon: 0361/37-72693

E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de



Tim Strähnz

Referent für Bildung, Kinder und Jugend

Telefon: 0361/37-72683

E-Mail: tim.straehnz@gruene-thl.de

Impressum

hinterGRÜNde Ausgabe 02/2024

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-thl.de

V.i.S.d.P.: Christian Herrmann

Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Fotos: Titel, S. 2–9; Fraktion; Grafik S. 10/11 Fraktion;
S. 12–18 Fraktion; der Abgeordneten und
Mitarbeiter*innen: Paul-Philipp Braun

Redaktionsschluss: Juli 2024

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-thl.de



Besucht uns auch auf Social Media!

www.facebook.com/gruenethl

www.twitter.com/gruenethl

www.instagram.com/gruenethl

www.youtube.com/gruenethl